

Elektronische Übermittlung der Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen ab 1.1.2005

Beitrag Nr. 64285 vom 26.03.2005

Zusammenfassung von "Elektronische Übermittlung der Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen ab 1.1.2005" von Arnold Betzwieser, original erschienen in: DStR 3/2005, 463 - 464.

Der Beitrag befasst sich mit den Sicherheitsmängeln im Zusammenhang mit der ab dem 01.01.2005 erforderlichen elektronische Übermittlung von Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen.

In dem ab 1.1.2005 anzuwendenden elektronischen Meldeverfahren für Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen sieht der Autor für die Steuerpflichtigen wegen des von der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellten Programms "ELSTER" beim derzeitigen Programmstand nicht unerhebliche Risiken. Falls unbefugte Dritte falsche elektronische Meldungen an das Finanzamt übermitteln, könne dies für die betroffenen Steuerpflichtigen schwerwiegende Folgen haben.

Das Problem sei, dass das von der Finanzverwaltung bereitgestellte ELSTER-Verfahren es jedem ermögliche, dem die Steuernummer eines Unternehmers bekannt sei, für diesen Unternehmer - auch unbefugt - mit dem PC über das Internet Daten an die Finanzverwaltung zu übertragen. Denn die elektronischen Meldungen erfolgten derzeit ohne jegliche Authentifizierung gegenüber dem Finanzamt. Da andererseits seit dem 01.01.2004 auch jeder Unternehmer verpflichtet sei, auf jeder Rechnung entweder seine Steuernummer oder seine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer anzugeben, sei missbräuchlichen Datenübertragungen an das Finanzamt Tür und Tor geöffnet.

Der Autor kritisiert, dass das ELSTER-Verfahren noch nicht ausgereift sei, obwohl auf der Webseite mit dem Sicherheitskonzept geworben würde. Der Autor fordert die Implementierung eines persönlichen Passwortes oder einer PIN-Nummer des Steuerpflichtigen. Es dränge sich für ihn der Vergleich mit der Abgabe einer nicht unterschriebenen Steuererklärung in Papierform auf. Der Autor fordert, dass Steuerpflichtige auf jederzeit möglichen Antrag von der Verpflichtung zur Teilnahme an dem elektronischen Übertragungsverfahren befreit werden sollten.

Bewertung:

Praxisnahe Problemaufbereitung

Dieser Beitrag wurde erstellt von Bernhard Hillmoth.